

Vorlage Nr. 101.17.702

Tempo 30

Gemeinsamer Antrag

**zur Überweisung in den Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und
Verkehr**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass die derzeitige Rechtslage, ob und unter welchen Voraussetzungen Kommunen in ihrem Gemeindegebiet Tempo 30-Zonen und Tempo 30-Strecken ausweisen dürfen, nicht mehr zeitgemäß ist und dringend geändert werden muss.
2. Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass in Hessen der Ermessensspielraum durch die Aufsichtsbehörden offensichtlich restriktiver gehandhabt wird als in anderen Bundesländern.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die hessische Landesregierung auf, dass die Genehmigungsbehörden bei der rechtlichen Auslegung und bei der Genehmigung von Tempo 30-Zonen und Tempo 30-Strecken die Ermessensspielräume - insbesondere im Umfeld von Schulen und Kindertagesstätten – zu Gunsten der Sicherheit von Kindern wahrnehmen.
4. Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Bundesregierung auf, die Straßenverkehrsordnung dahingehend zu ändern, dass die Kommunen selbst entscheiden dürfen, wo in ihrem Gemeinde- und Hoheitsgebiet sie welche Geschwindigkeit für richtig und angemessen halten.
5. Die Stadt Kassel setzt sich in den Gremien des Hessischen und des Deutschen Städtetags dafür ein, dass die derzeitige Rechtslage und Auslegung der Rechtslage überarbeitet wird.

Begründung:

Nach der derzeit geltenden Rechtslage, ist die Ausweisung von Tempo 30 ausgeschlossen, sobald es sich um eine Hauptverkehrsstraße handelt. Nur wenn eine besondere Gefährdung für die Sicherheit von VerkehrsteilnehmerInnen festgestellt wird, darf Tempo 30 ausgewiesen werden. Die Interpretation, wann eine solche Gefährdungslage vorliegt, wird in den Bundesländern und durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden unterschiedlich gehandhabt.

Die Rechtslage ist seitens des Gesetzgebers dringend zu überarbeiten. Die Spielräume bei der Auslegung der Rechtslage sind eindeutig zu Gunsten der Verkehrssicherheit wahrzunehmen.

Berichtersteller/-in: Stadtverordnete Karin Müller MdL

Uwe Frankenberger MdL
Fraktionsvorsitzender SPD

Gernot Rönz
Fraktionsvorsitzender B90/Grüne

